

München, 22.01.2019

Pfuschvorwürfe in Genehmigungsprozess: SPD fordert sofortigen Stopp von Glyphosat-Einsatz

Agrarpolitische Sprecherin Ruth Müller: Sollte sich herausstellen, dass Bewertung des Bundeslandwirtschaftsministeriums fehlerhaft war, muss das Pflanzenschutzmittel ein für alle Mal von den deutschen Äckern verschwinden

Die agrarpolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Ruth Müller** fordert angesichts der Plagiatsvorwürfe auf Bundesebene ein generelles Verbot von Glyphosat. Wie ein Gutachten der SPD-Europaabgeordneten Maria Noichl ergeben hat, wurden weite Teile der Risikobewertung zum Pflanzenschutzmittel Glyphosat von den Herstellern seitens einer Behörde des CSU-geführten Bundeslandwirtschaftsministeriums übernommen. "Insbesondere bei der Bewertung des Gesundheitsrisikos haben die Prüfstellen auf den Text der Hersteller zurückgegriffen. Das legt den Verdacht nahe, dass hier eine tatsächliche Prüfung ausgeblieben ist", befürchtet Müller.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert nun in einer [Anfrage](#) die bayerische Staatsregierung zu einer Stellungnahme auf. "Bis die Vorwürfe geklärt sind, muss der Einsatz von Glyphosat unterbunden werden", betont die Landshuter Abgeordnete. "Sollte sich hingegen herausstellen, dass die Bewertung des Bundeslandwirtschaftsministeriums fehlerhaft und somit ein Kniefall vor der Agrarlobby war, muss Glyphosat ein für alle Mal von den Äckern verschwinden."